



EUROPÄISCHE KOMMISSION

GÉNÉRALSEKRETARIAT

1. Ref. 615,521 / BVECV
ZK u z V.
2. H. W. ZK
3. ZKA

Handwritten: 2.3140

Brüssel, den 29/X/2007

SG-Greffe(2007) D/ 206673

| | | |
|--|---------------|-----|
| Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union Brüssel | | ELV |
| Eing. | 29. OKT. 2007 | 42 |
| Tgb.Nr. | | 01 |
| Anl. | Dopp. | 18 |

STÄNDIGE VERTRETUNG
DEUTSCHLANDS BEI DER
EUROPÄISCHEN UNION
Rue Jacques de Lalaing, 8-14

1040 BRUXELLES

Betreff: BEKANNTGABE GEMÄß ARTIKEL 254 DES EG-VERTRAGES

Hiermit gestattet sich das Generalsekretariat, Sie zu bitten, beigefügte Entscheidung an den Herrn Bundesminister des Auswärtigen weiterzuleiten.

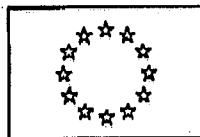
Für die Generalsekretärin

Handwritten signature of Karl von Kempis

Karl VON KEMPIS

Anl. : K(2007)5184 endg.

DE



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 26/X/2007

K (2007) 5184 final

NICHT ZU VERÖFFENTLICHEN

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 26/X/2007

**zur Genehmigung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum der Länder
Niedersachsen und Bremen (Deutschland) für den Programmplanungszeitraum
2007-2013**

**CCI 2007 DE 06 RPO 012
(Nur der deutsche Text ist verbindlich)**

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION**vom 26/X/2007****zur Genehmigung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum der Länder
Niedersachsen und Bremen (Deutschland) für den Programmplanungszeitraum
2007-2013****CCI 2007 DE 06 RPO 012****(Nur der deutsche Text ist verbindlich)****DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN -**

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)¹, insbesondere auf Artikel 18 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Artikel 18 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 regelt die Aufstellung der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum.
- (2) Nach Artikel 18 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 unterbreiten die Mitgliedstaaten der Kommission die Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum, deren Inhalt in Artikel 16 derselben Verordnung und in Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1974/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates² festgelegt ist.
- (3) Nach Artikel 18 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 prüft die Kommission die vorgeschlagenen Programme auf ihre Übereinstimmung mit den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft, dem nationalen Strategieplan und der genannten Verordnung.
- (4) Am 27. Dezember 2006 hat die zuständige Behörde der Deutschland der Kommission das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum der Niedersachsen und Bremen via SFC2007 vorgelegt. Im Anschluss an die Beratungen zwischen der Kommission und der zuständigen Behörde der Niedersachsen und Bremen wurde der Kommission

¹ ABl. L 277 vom 21.10.2005, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2012/2006 (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 8).

² ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 15. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 434/2007 (ABl. L 104 vom 21.4.2007, S. 8).

am 17. September 2007 die endgültige Fassung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum vorgelegt. Das Programm gilt für den Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 und enthält die Bestandteile gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 und Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1974/2006, insbesondere die Beschreibung der geplanten Schwerpunkte und Maßnahmen zur Durchführung des Programms und den Gesamtfinanzierungsplan mit einer Aufstellung des für jedes Jahr vorgesehenen Höchstbeitrags des ELER, der mit dem Haushaltsrahmen für den genannten Zeitraum vereinbar sein muss, sowie des im Programmplanungszeitraum vorgesehenen Gesamtbeitrags der Gemeinschaft und der entsprechenden einzelstaatlichen Finanzierung für jeden Schwerpunkt und für technische Hilfe. In dieser Aufstellung ist auch der vorgesehene Beitrag des ELER für die Regionen im Rahmen des Konvergenzziels und die entsprechende einzelstaatliche Finanzierung ausgewiesen. Die Ausgaben für noch geltende Förderregelungen der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates³ entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1320/2006 der Kommission vom 5. September 2006 mit Bestimmungen für den Übergang auf die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates⁴ wurden in die Aufstellungen aufgenommen.

- (5) Nach Artikel 70 Absatz 1 bis 4 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 wird der Gemeinschaftsbeitrag als Anteil der zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben nach den geltenden Beteiligungssätzen für jeden Schwerpunkt des genehmigten Programms und für technische Hilfe festgesetzt.
- (6) In Artikel 71 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 ist der Zeitraum der Zuschussfähigkeit der von der Zahlstelle des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum getätigten Ausgaben festgelegt.
- (7) Staatliche Beihilfen zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel nach Artikel 89 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005, die gegebenenfalls in das Programm aufgenommen sind, werden mit der vorliegenden Entscheidung nur genehmigt, soweit sie unter Artikel 36 EG-Vertrag fallen und Artikel 57 der Verordnung (EG) Nr. 1974/2006 genügen.
- (8) Diese Entscheidung gilt nicht für noch nicht genehmigte staatliche Beihilfen im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag, die nicht unter Artikel 36 fallen.
- (9) Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 muss die Förderung durch den ELER mit den Maßnahmen, Politiken und Prioritäten der Gemeinschaft, den Zielen des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und dem Gemeinschaftsinstrument zur Förderung der Fischerei vereinbar sein. Im Programm sind gemäß Artikel 60 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 die Kriterien zur Abgrenzung zwischen den vom ELER geförderten Maßnahmen und den Maßnahmen im Rahmen der anderen Förderinstrumente der Gemeinschaft aufgeführt. Die Vereinbarkeit ist während der gesamten Durchführung des Programms sicherzustellen.

³ ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2223/2004 (ABl. L 379 vom 24.12.2004, S. 1).

⁴ ABl. L 243 vom 6.9.2006, S. 6.

- (10) Gemäß Artikel 39 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 betreffen die Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen nur Verpflichtungen, die über die obligatorischen Grundanforderungen nach Artikel 4 und 5 und Anhang III und IV der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie über die Grundanforderungen für die Anwendung von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln und sonstige einschlägige Anforderungen einzelstaatlicher Rechtsvorschriften hinausgehen, die im Programm aufgeführt sind. Die Grundanforderungen wurden von der Kommission nicht genehmigt und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Entscheidung.
- (11) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für die Entwicklung des ländlichen Raums -

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum der Niedersachsen und Bremen, dessen endgültige Fassung der Kommission am 17. September 2007 vorgelegt wurde, wird genehmigt.

Artikel 2

1. Die öffentlichen Aufwendungen zur Durchführung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum belaufen sich für die Gesamtlaufzeit auf 1 446 837 726 EUR. Davon werden höchstens 815 382 441 EUR aus dem ELER finanziert.
2. Der Finanzierungsplan für das Entwicklungsprogramm ist in Anhang I aufgeführt.

Artikel 3

Die von der Zahlstelle des Programms vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2015 getätigten Ausgaben sind zuschussfähig.

Artikel 4

Die staatlichen Beihilfen zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die von der Gemeinschaft geförderte Entwicklung des ländlichen Raums im Sinne von Artikel 89 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005, die gegebenenfalls in das Programm aufgenommen sind, werden genehmigt, soweit sie unter Artikel 36 des EG-Vertrags fallen.

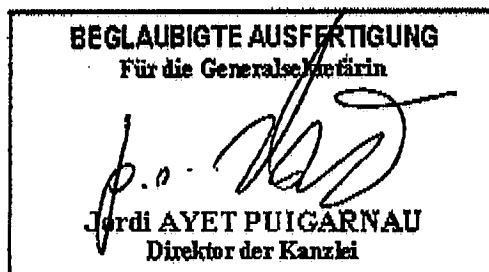
Die zusätzlichen einzelstaatlichen Mittel nach Absatz 1 sind in Anhang II aufgeführt.

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Brüssel, den 26/X/2007.

Für die Kommission
Mariann FISCHER BOEL
Mitglied der Kommission



ANHANG I**Jährlicher Beitrag des ELER (in EUR)**

| Jahr | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|--------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| ELER insgesamt | 123 995 454 | 123 908 623 | 117 749 440 | 117 167 753 | 114 221 618 | 110 985 163 | 107 354 390 |
| Konvergenzregionen | 35 335 468 | 33 888 054 | 32 369 523 | 30 777 583 | 29 109 921 | 27 364 153 | 25 530 298 |

**Finanzierungsplan nach Schwerpunkten (in EUR für den gesamten Zeitraum):
Konvergenzregion**

| Schwerpunkt | Öffentliche Ausgaben | | |
|------------------|----------------------|--------------------------|--------------|
| | Gesamtbetrag | Beteiligung des ELER (%) | ELER-Beitrag |
| Schwerpunkt 1 | 121 378 333 | 75 | 91 033 750 |
| Schwerpunkt 2 | 67 910 934 | 80 | 54 328 747 |
| Schwerpunkt 3 | 67 750 001 | 75 | 50 812 501 |
| Schwerpunkt 4 | 22 750 003 | 80 | 18 200 002 |
| Technische Hilfe | - | - | - |
| Insgesamt | 279 789 271 | | 214 375 000 |

Finanzierungsplan nach Schwerpunkten (in EUR für den gesamten Zeitraum):

| Schwerpunkt | Öffentliche Ausgaben | | |
|------------------|----------------------|--------------------------|--------------|
| | Gesamtbetrag | Beteiligung des ELER (%) | ELER-Beitrag |
| Schwerpunkt 1 | 616 534 849 | 55 | 338 612 008 |
| Schwerpunkt 2 | 341 575 199 | 60 | 204 844 093 |
| Schwerpunkt 3 | 356 227 679 | 55 | 195 051 340 |
| Schwerpunkt 4 | 98 749 999 | 61 | 60 000 000 |
| Technische Hilfe | 33 750 000 | 50 | 16 875 000 |
| Insgesamt | 1 446 837 726 | | 815 382 441 |

ANHANG II***Staatliche Beihilfen nach Artikel 89 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005******Staatliche Beihilfen – Liste A***

| Maßnahmen-Code | Maßnahme | Rechtsgrundlage | Betrag (EUR) | Dauer |
|-----------------------|---|---|---------------------|--------------|
| 213 | Zahlungen im Rahmen von Natura 2000 und Zahlungen im Zusammenhang mit der Richtlinie 2000/60/EG | Artikel 89 der Ratsverordnung (EG) Nr. 1698/2005 und Artikel 57 der Kommissionsverordnung (EG) Nr. 1974/2006; Staatsbeihilfen ausgewiesen durch Meldebogen über Beihilfen zum Ausgleich von Nachteilen in bestimmten Gebieten, vorgelegt in Übereinstimmung mit Kommissionsverordnung (EG) Nr. 794/2004 geändert durch Kommissionsverordnung (EG) Nr. 1935/2006 | 3 647 700 | 2007-2013 |